

Vortrag an den Ministerrat

Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen; 27. Konferenz der Vertragsstaaten, Den Haag, 28. November bis 2. Dezember 2022; österreichische Delegation

Österreich ist Vertragsstaat des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. III Nr. 38/1997 idF BGBl. III Nr. 198/2020). Art. VIII Abs. 11 des Übereinkommens sieht Konferenzen der Vertragsstaaten vor, die insbesondere die Wirkungsweise des Übereinkommens zu überprüfen haben. Demgemäß wird voraussichtlich von 28. November bis 2. Dezember 2022 die 27. Konferenz der Vertragsstaaten in Den Haag stattfinden.

Zu den wesentlichen inhaltlichen Fragen der Konferenz der Vertragsstaaten zählen die Jahresberichte der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und des Exekutivrates der Organisation, das Arbeitsprogramm und das Budget für die Jahre 2023 und 2024 sowie relevante wissenschaftliche und technische Entwicklungen des Zeitraumes seit der letzten Konferenz der Vertragsstaaten.

Es ist beabsichtigt, zur 27. Konferenz der Vertragsstaaten folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafterin Mag.^a Astrid Harz
Delegationsleiterin

Ständige Vertreterin Österreichs bei der
Organisation für das Verbot chemischer
Waffen in Den Haag

Gesandte Dr. ⁱⁿ Caroline Wörgötter Stellvertretende Delegationsleiterin	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Gesandter-Botschaftsrat MMag. Mourad Mahidi Stellvertretender Delegationsleiter	Ständige Vertretung Österreichs bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag
Ministerialrat DI Karl Lebeda Stellvertretender Delegationsleiter	Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
Oberst Thomas Johannes Heim	Ständige Vertretung Österreichs bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag
Mag. ^a Katharina Kofler, BA	Ständige Vertretung Österreichs bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag

Der Delegation werden sofern erforderlich Beraterinnen und Berater aus dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, und dem Bundesministerium für Landesverteidigung beigezogen.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft und der Bundesministerin für Landesverteidigung stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 27. Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen sowie die Leiterin der österreichischen Delegation, Botschafterin Mag.^a Astrid Harz, und im Fall ihrer Verhinderung die stellvertretende Leiterin der österreichischen Delegation, Gesandte Dr.ⁱⁿ Caroline Wörgötter, und im Fall ihrer Verhinderung den stellvertretenden Leiter der österreichischen Delegation, Gesandten-Botschaftsrat MMag. Mourad Mahidi, und im Fall seiner Verhinderung den stellvertretenden Leiter der österreichischen Delegation, Ministerialrat DI Karl Lebeda zur Unterzeichnung der allfälligen Schlussakte der Konferenz zu bevollmächtigen.

4. November 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister